3. Sitzung

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, 29. April 2025 im Ratsaal der Liebburg

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Anwesende:

Bürgermeisterin LA Dipl.-Ing. Elisabeth Blanik – Vorsitzende – SPÖ
Vizebürgermeister Siegfried Schatz – SPÖ
Vizebürgermeister Dipl.-Ing. Alexander Kröll – ÖVP
Stadtrat Wilhelm Lackner – SPÖ
Gemeinderätin Evelyn Müller – SPÖ
Gemeinderat Christopher Handl – SPÖ
Gemeinderat Jürgen Hanser – SPÖ
Gemeinderat Andreas Prentner – SPÖ
Gemeinderat-Ersatzmitglied Alfred Luneschnig – SPÖ
Gemeinderat-Ersatzmitglied Beatrix Erler – SPÖ
Gemeinderätin Kathrin Jäger – ÖVP
Gemeinderätin Eva Karré, BA – ÖVP
Gemeinderat Norbert Mühlmann, MBA MAS – ÖVP
Gemeinderat-Ersatzmitglied Ingeborg Hanser – ÖVP
Gemeinderätin Dr. Ursula Strobl – TEAM LZ
Gemeinderat Mag. (FH) Florian Müller – TEAM LZ
Gemeinderat-Ersatzmitglied Mag. (FH) Thomas Winkler – TEAM LZ
Gemeinderat Paul Meraner, MAS – MFG
Gemeinderätin Christiana Laßnig – MFG
Gemeinderätin Gerlinde Kieberl – GUT
Gemeinderat Manuel Kleinlercher – FPÖ

somit 21 Gemeinderäte

Mit beratender Stimme:

Stadt-Amtsdirektor Dr. Alban Ymeri
Stadt-Oberbaurat Dipl.-Ing. Klaus Seirer
Stadtkämmerer MMag. Michael Praster
Ing. Gerold Wibmer (zu TOP II./3. bis 19:15 Uhr)

Entschuldigt:

Gemeinderat Herbert Niederbacher – SPÖ
Gemeinderat Karl Zabernig – SPÖ
Gemeinderat Dr. Christian Steininger, MBL – ÖVP
Gemeinderat Franz Theurl – TEAM LZ

Schriftführerin:

Mag. Vanessa Schlemmer

Tagesordnung:

I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

1. Städt. Kanalisation – Neuerschließung Bürgerau; Projektierungsleistungen
2. Amlacher Straße; Zufahrt auf Gpn. 546/3 und 546/2 je KG Lienz – Erlassung eines Halte- und Parkverbotes zur Freihaltung einer ausreichenden Zufahrtsbreite
3. Vorplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines Parkverbotes
4. Parkplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines Halte- und Parkverbotes (Behindertenparkplatz)
5. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 2186 KG Lienz
6. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gpn. 3232 und 1540 je KG Lienz
7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
8. Antrag auf Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf – Behandlung einer Stellungnahme (Wiedervorlage)

II. FINANZANGELEGENHEITEN

1. Lienzer Pflichtschulen; Nachmittagsbetreuung – Neufestsetzung des Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026
2. Ganztägige Sonderschule Lienz; Neufestsetzung des Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026
3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens – Genehmigung der Kosten
4. Dolomitenstadion; Sanierung der Torräume – Genehmigung der Kosten
5. Strandbad Tristacher See; Anpassung der Tarife für die Mietkabinen
6. Verein Radwege Osttirol; Beitragszahlung 2025 – Mittelfreigabe
7. Tourismusverband Osttirol; Sommerfest 2025 – Ansuchen um finanzielle Beteiligung sowie Gewährung von Wirtschaftshofleistungen

III. PERSONALANGELEGENHEITEN

1. Anträge des Personalausschusses (Sitzung am 28.04.2025)

IV. ANTRÄGE, ANFRAGEN UND ALLFÄLLIGES

1. Wortmeldungen von Mandataren

Es ist 18.00 Uhr.

Bürgermeisterin LA Dipl.-Ing. Elisabeth Blanik begrüßt die anwesenden

- Mandatare
- die Zuhörerschaft
- die Presse und
- die Beamtenschaft

zur heutigen Sitzung herzlich.

Es sind 21 Mitglieder des Gemeinderates anwesend und so stellt die Frau Bürgermeisterin die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Es haben sich folgende Mandatare entschuldigt:

Entschuldigt:

GR Herbert Niederbacher
GR Karl Zabernig
GR Dr. Christian Steininger, MBL
GR Franz Theurl

Vertreten durch:

GR-EM Alfred Luneschnig
GR-EM Beatrix Eler
GR-EM Ingeborg Hanser
GR-EM Mag.(FH) Thomas Winkler

Für die heutige Sitzung des Gemeinderates ersucht die Frau Bürgermeisterin folgende Mandatare als Protokollzeugen zu fungieren:

gemäß TGO 2001

- GR Andreas Prentner
- GR Manuel Kleinlercher

Die Bürgermeisterin teilt sodann mit, dass die Tagesordnung für die heutige Sitzung allen rechtzeitig zugegangen ist und geht in die Tagesordnung ein.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 713 Edv-NR.: 001459

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

1. Städt. Kanalisation – Neuerschließung Bürgerau;
Projektierungsleistungen

Bezug: Niederschrift über die Stadtratssitzung am 08.04.2025, Seite 419 bis 421

Bereits im Jahr 2012 wurde für die Projektierungsleistungen zur Neuplanung der Kanalerschließung Bürgerau ein Auftrag an das Best- und Billigstbieterbüro Dipl.-Ing. Arnold Bodner vergeben.

Die Auftragsvergabe erfolgte mit Stadtratsbeschluss vom 18.09.2012, mit einer vorläufigen Vergabesumme von € 15.000,00 exkl. 20 v.H. MWSt.

Die Baukosten für die Baumeisterarbeiten wurden im Jahr 2012 mit netto € 284.000,00 angeschätzt und waren die Kalkulationsbasis für die Projektierungsleistungen.

Die ersten Vorentwurfsplanungen und Trassenentwürfe wurden im Jahr 2013 mit dem betroffenen Liegenschaftseigentümern besprochen und die Grundsatzhaltungen der Anschlusswerber zu diesem Erschließungsprojekt eingeholt.

Aufgrund mehrerer parallellaufender Kanalprojekte (Neuerschließung Mienekugel, Kanalsanierung Schloßberg-Ableitung) wurde das Kanalprojekt Bürgerau nicht mit Nachdruck betrieben und wurden auch die finanziellen Mittel als Vorsorge in den Voranschlägen nicht freigegeben.

Für das Jahr 2025 ist nunmehr jedoch der Start dieses Erschließungsprojektes mit der Ausarbeitung der wasserrechtlichen Einreichung und der Erwirkung der wasserrechtlichen Bewilligung vorgesehen.

Im Voranschlag sind unter der HH-Stelle 1/851003-060000 „Kanal Bürgerau“ € 100.000,00 vorgesehen.

Aufgrund der bereits aus dem Jahr 2012 genehmigten Auftragsvergabe für die Projektierung wurde die Adaptierung des Ursprungsangebotes beim Büro Dipl.-Ing. Arnold Bodner angefragt.

Mit Datum vom 13.03.2025 wurde ein aktualisiertes auf die neue Kostenschätzung angepasstes Angebot abgegeben.

Als Kostenrahmen für die Baumeisterarbeiten und als Kalkulationsbasis werden rund netto € 478.000,00 angegeben.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

1. Städt. Kanalisation – Neuerschließung Bürgerau;
Projektierungsleistungen

Fortsetzung von Seite 176

Die aktualisierten Leistungen werden wie nachfolgend angeboten:

Planungsphase	€	12.796,10
Bauausführungsphase	€	10.236,88
Bauaufsicht	€	12.015,46
<u>Baukoordination</u>	€	<u>4.059,60</u>
	€	39.108,04
<u>Nebenkosten 4 %</u>	€	<u>1.564,32</u>
Gesamtsumme netto	€	40.672,36

Das Angebot wurde vom Stadtbauamt geprüft, wobei mitgeteilt werden kann, dass die angebotenen Preise bezugnehmend auf die Bausumme als angemessen und gerechtfertigt kalkuliert wurden.

Die Bedeckung dieser Ausgabe kann über die Voranschlagstelle 1/851003-060000 „Kanal Bürgerau“ dotiert mit € 100.000,00 erfolgen.

Nach der Ausarbeitung der wasserrechtlichen Einreichunterlagen und nach Durchführung des wasserrechtlichen Behördenverfahrens, soll die Ausschreibung aller erforderlichen Leistungen umgehend erfolgen, damit nach Möglichkeit noch ein Baustart im Herbst 2025 erfolgen kann.

Für die weitere Durchführung und den Abschluss der Arbeiten soll im Voranschlag 2026 die entsprechende erforderliche Bedeckung vorgesorgt werden.

Der Stadtrat hat sich vorberatend für den Gemeinderat in seiner Sitzung am 08.04.2025 für die Auftragsvergabe wie vorgelegt ausgesprochen und ersucht den Gemeinderat um dahingehende Beschlussfassung.

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Dr. Ursula Strobl spricht den vergangenen Zeitraum an und erkundigt sich, ob sich die Kostensteigerung lediglich aufgrund des Zeitverlaufs oder auch durch Auswirkungen bei den Kanalanschlüssen gegenüber der Ausschreibung 2012 ergibt.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass sich die Preissteigerung aus der Kostenschätzung ergibt, eine Änderung der Anschlusswerber hat sich nicht ergeben.

GR Norbert Mühlmann, MBA MAS erkundigt sich nach dem Möbelix-Areal und der Nachnutzung des Waude-Areals.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

1. Städt. Kanalisation – Neuerschließung Bürgerau;
Projektierungsleistungen

Fortsetzung von Seite 177

Die Bürgermeisterin teilt zum Waude-Areal mit, dass es sich dort um eine Sonderwidmung Gärtnereibetrieb handelt. Das Areal ist verkauft, eine Nachnutzung ist ihr derzeit nicht bekannt. Laut der Bürgermeisterin gibt es beim Möbelix-Areal zum Bebauungsplan noch Abklärungsnotwendigkeiten bezüglich der Berücksichtigung der Hochspannungsleitungen, der Flächenwidmungsplan ist rechtskräftig.

Dipl.-Ing. Klaus Seirer klärt auf, dass beide Objekte an das Gemeinde-Kanalnetz in Nussdorf-Debant angeschlossen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

BESCHLUSS:

Aufbauend auf der ursprünglichen Auftragsvergabe des Stadtrates vom 18.09.2012 wird der adaptierte Auftrag mit den neu festgelegten Rahmenbedingungen zu den Preisen und Bedingungen des Angebotes vom 13.03.2025 an das Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Arnold Bodner, Rosengasse 15, 9900 Lienz, zum Preis von netto € 40.672,36 vergeben.

Die Bedeckung erfolgt über die Voranschlagsstelle 1/851003-060000 „Kanal Bürgerau“, bedeckt mit € 100.000,00.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Bauamt
Akt an: Bauamt
Nachrichtlich: Finanzen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 66/1, 159

Edv-NR.: 001460 001461

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

2. Amlacher Straße; Zufahrt auf Gpn. 546/3 und 546/2 je KG Lienz –
Erlassung eines Halte- und Parkverbotes zur Freihaltung einer
ausreichenden Zufahrtsbreite

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

Der Obmann des Mobilitätsausschusses, GR Jürgen Hanser, erläutert den Sachverhalt.

Die Wirtschaftskammer Tirol hat bei der Stadtgemeinde um Prüfung und Umsetzung eines Halte- und Parkverbotes im Bereich der Zufahrtsstraße zur Wirtschaftskammer sowie zum Osttiroler Wirtschaftspark angesucht.

Begründend wurde vorgebracht, dass die Zufahrtsstraße vielfach als Parkfläche verwendet werde, wodurch die Zufahrtsbreite stark eingeschränkt werde.

Der Ausschuss für Mobilität hat mehrfach über die Anregung zur Erlassung der Verkehrsbeschränkung beraten und die Verordnung eines Halte- und Parkverbotes entlang der Nordseite der Zufahrtsstraße über die Grundparzellen Gpn. 546/2 und 546/3 je KG Lienz befürwortet.

Festgehalten wird, dass die Zufahrtsstraße teilweise auf Privatgrund der WKT Immobilien GmbH & Co KG liegt. Die Zustimmungserklärung der Liegenschaftseigentümerin für die Ausweisung eines Halte- und Parkverbotes liegt vor.

Festgehalten wird weiters, dass es sich bei der Zufahrtsstraße um eine Straße mit öffentlichem Verkehr handelt.

Basierend auf den Beratungsergebnissen des Ausschusses für Mobilität wurde ein Verordnungsentwurf samt Ordnungsplan ausgearbeitet, welcher den Kammern gemäß § 94 f Abs. 1 lit. b StVO zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt wurde.

Im Zuge des Anhörungsverfahrens zur Verordnung langten nachstehende Stellungnahmen ein:

- Stellungnahme der Wirtschaftskammer Tirol vom 08.04.2025
- Stellungnahme der Bezirkslandwirtschaftskammer vom 10.04.2025 und
- Stellungnahme der Ärztekammer vom 11.04.2025

Von Seiten der Kammern wurde gegen den Verordnungsentwurf kein Einwand erhoben.

Ebenso liegt von Seiten der Abteilung Verkehrs- und Seilbahnrecht des Amtes der Tiroler Landesregierung ein positives Ergebnis zur Vorprüfung der Verordnung vor.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

2. Amlacher Straße; Zufahrt auf Gpn. 546/3 und 546/2 je KG Lienz –
Erlassung eines Halte- und Parkverbotes zur Freihaltung einer
ausreichenden Zufahrtsbreite

Fortsetzung von Seite 179

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll fragt nach, ob es sich bei den Parkern um Nutzer der Einrichtung oder den Parkgebühren Ausweichende handelt.

GR Jürgen Hanser hält einen Rückschluss auf den Unionsparkplatz für möglich. Aus seiner Sicht ist das Setzen einer Maßnahme notwendig.

GR Eva Karré, BA spricht diesbezüglich die notwendige Nachschau beim Schwimmbadparkplatz im Sommer an.

Die Bürgermeisterin informiert über die aufrechte Regelung mit Vorwarnung und Besitzstörungsklage.

Für GR Gerlinde Kieberl ist es ein Rätsel, wie man so parken kann. Sie spricht an, dass es mehrere solcher Situationen über die Stadt verteilt gibt.

Die Bürgermeisterin erwähnt hierzu den Egger-Lienz-Platz und die Begegnungszonen und findet das Verhalten ärgerlich.

GR Gerlinde Kieberl äußert die Möglichkeit, diesbezüglich in die Öffentlichkeitsarbeit zu investieren.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

2. Amlacher Straße; Zufahrt auf Gpn. 546/3 und 546/2 je KG Lienz –
Erlassung eines Halte- und Parkverbotes zur Freihaltung einer
ausreichenden Zufahrtsbreite

Fortsetzung von Seite 180

BESCHLUSS:

Verordnung

gem. § 43 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 StVO

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Lienz vom 29.04.2025 betreffend die Ausweisung
eines Halte- und Parkverbotes zur Freihaltung der Zufahrt auf Gp. 546/2 und 546/3 je KG
Lienz

Aufgrund des § 94d Ziff. 4 i.V.m. § 43 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 StVO 1960, BGBl.Nr. 159/1960 i.d.F.
BGBl. I Nr. 52/2024 wird verordnet:

§ 1

Halte- und Parkverbot

- (1) Auf der Gp. 546/2 und 546/3 je KG Lienz wird gemäß Lageplan des Stadtbauamtes vom 28.01.2025, Zl. 159/3 – 2025, ein Halte- und Parkverbot gemäß § 43 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 i.V.m. § 52 lit a Ziff. 13b StVO 1960 erlassen.
- (2) Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 44 Abs. 1 StVO 1960 durch Anbringung des Vorschriftszeichens „Halten und Parken verboten“ gemäß § 52 lit. a Ziff. 13b StVO mit den Zusatztafeln „Anfang“ bzw. „Ende“ entsprechend dem Plan des Stadtbauamtes vom 28.01.2025, Zl. 159/3 – 2025, an den dort vorgesehenen Stellen.

§ 2

Schlussbestimmungen

- (1) Der Plan des Stadtbauamtes vom 28.01.2025, Zl. 159/3 – 2025, bildet einen integrierten Bestandteil dieser Verordnung.
- (2) Diese Verordnung tritt mit dem Zeitpunkt der Anbringung der angeführten Straßenverkehrszeichen in Kraft. Der Zeitpunkt der Anbringung ist in einem Aktenvermerk gem. § 16 AVG 1991 festzuhalten.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)

Bauamt

Akt an: Bauamt

Nachrichtlich: Finanzen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 66/1, 159

Edv-NR.: 001462 001463

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

3. Vorplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines
Parkverbotes

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam mit dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt zur Verordnung von Behindertenparkplätzen.

Das BKH Lienz hat bei der Stadtgemeinde die Ausweisung von Behindertenparkplätzen im Bereich des Parkplatzes entlang der Emanuel von Hibler-Straße angeregt.

In diesem Zusammenhang wurde vom Ausschuss für Mobilität intensiv über die gesamte Parksituation im Bereich des Krankenhauses, einschließlich der Erforderlichkeit von kurzfristigen Haltemöglichkeiten im Nahebereich des Einganges zum Bezirkskrankenhaus, beraten.

Der Ausschuss für Mobilität hat sich sodann nach eingehender Diskussion und in Abstimmung mit dem Gemeindeverband für die Ausweisung eines Parkverbotes hinsichtlich der beiden Stellplätze im Bereich des Vorplatzes des Krankenhauses ausgesprochen, damit dort eine kurzfristige Haltemöglichkeit geschaffen werden kann. Dies soll entsprechend der Beratungsergebnisse im Ausschuss durch Anbringung eines Hinweisschildes verdeutlicht werden.

Basierend auf der Beratung im Ausschuss für Mobilität wurde ein Verordnungsentwurf sowie ein Ordnungsplan ausgearbeitet, welcher den Kammern gemäß § 94 f Abs. 1 lit. b StVO zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt wurde.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens langten zum Verordnungsentwurf folgende Stellungnahmen ein:

- Stellungnahme der Wirtschaftskammer Tirol vom 08.04.2025
- Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Tirol vom 02.04.2025 und
- Mitteilungen des Amtes der Tiroler Landesregierung, Abteilung Verkehrs- und Seilbahnrecht vom 10.04.2025

Von Seiten der Kammern wurde gegen den Verordnungsentwurf kein Einwand erhoben.

Von Seiten der Abteilung Verkehrs- und Seilbahnrecht wurde mitgeteilt, dass der Geltungsbereich des Parkverbotes durch Zusatztafeln kenntlich zu machen ist.

Der vorliegende Verordnungsentwurf und Planentwurf wurden daher hinsichtlich der Zusatztafel ergänzt.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

3. Vorplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines
Parkverbotes

Fortsetzung von Seite 182

Die Bürgermeisterin bezieht sich auf den vorliegenden Plan und teilt mit, dass sich im Vorfeld zur Gemeinderatssitzung Diskussionen ergeben haben und sie sich hierzu heute noch mit dem BKH ausgetauscht hat. Sie gibt zu bedenken, dass Behindertenparkplätze lediglich für eine bestimmte Personengruppe vorgesehen sind, demgegenüber es allerdings auch den Bedarf für kurzfristiges Halten zum Hol- und Bringdienst von Angehörigen gibt. Demnach sollen zur Abdeckung der Bedürfnisse in diesem Bereich nunmehr insgesamt 5 Behindertenparkplätze und 5 Kiss&Ride-Parkplätze zur Abholung von Angehörigen etc. vorgesehen werden. Die Bürgermeisterin informiert, dass auch der Obmann des BKH Lienz diese Vorgehensweise befürwortet. Zudem verweist die Bürgermeisterin auf weitere Behindertenparkplätze in der Tiefgarage.

Es ergeht daher seitens der Bürgermeisterin der Vorschlag, über diesen Tagesordnungspunkt zur Erlassung eines Parkverbotes wie vorgelegt abzustimmen und den nachfolgenden Tagesordnungspunkt über die Erlassung von Behindertenparkplätzen zur Anpassung im Sinne der getätigten Ausführungen rückzustellen.

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Dr. Ursula Strobl erkundigt sich nach den weiteren Parkplätzen in der Steigung. Für GR Dr. Ursula Strobl ist es nachvollziehbar, dass Haltemöglichkeiten zum Abholen von Angehörigen notwendig sind.

Die Bürgermeisterin klärt auf, dass die angesprochenen Parkplätze auf Privatgrund des BKH liegen und von diesem zugeordnet werden.

GR-EM Alfred Luneschnig hält die angesprochenen Parkplätze aufgrund der Steigung ungeeignet für Verletzte und meint, dass für das Abholen und Bringen von Patienten die eingangsnächsten Parkplätze verwendet werden sollen.

GR-EM Beatrix Erler spricht automatische Zeitzufahrtsregelungen bei Hotelparkplätzen als mögliche Umsetzungsvariante an.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen und auf Nachfrage keine gegenteiligen Äußerungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin zunächst über die Erlassung eines Parkverbotes wie vorgetragen und sodann über die Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Verordnung von Behindertenparkplätzen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

3. Vorplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines
Parkverbotes

Fortsetzung von Seite 183

BESCHLUSS:

Verordnung

gem. § 43 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 StVO

**Verordnung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Lienz vom 29.04.2025
betreffend die Ausweisung eines Parkverbotes am Vorplatz des BKH Lienz**

Aufgrund des § 94d Ziff. 4 i.V.m. § 43 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 StVO 1960, BGBl.Nr. 159/1960 i.d.F. BGBl. I Nr. 52/2024, wird verordnet:

§ 1

Parkverbot

- (1) Auf der Gp. 30/1 KG Patriasdorf wird hinsichtlich der zwei Stellplätze an der Nordseite des Krankenhausvorplatzes gemäß Lageplan des Stadtbauamtes vom 02.04.2025, Zl. 159/2a – 2025 ein Parkverbot gemäß § 43 Abs. 1 lit. b Z 1 iVm § 52 lit a Ziff. 13a StVO 1960 erlassen.
- (2) Die Kundmachung dieser Verordnung erfolgt gemäß § 44 Abs. 1 StVO 1960 durch Anbringung des Vorschriftszeichens „Parken verboten“ gemäß § 52 lit. a Z 13a StVO mit der Zusatztafel „←6m|6m→“ und dem Hinweis „Halten gestattet“ entsprechend dem Plan des Stadtbauamtes vom 11.04.2025, Zl. 159/2a - 2025 an den dort vorgesehenen Stellen.

§ 2

Schlussbestimmungen

- (1) Der Plan des Stadtbauamtes vom 11.04.2025, Zl. 159/2a - 2025 bildet einen integrierten Bestandteil dieser Verordnung.
- (2) Diese Verordnung tritt mit dem Zeitpunkt der Anbringung der angeführten Straßenverkehrszeichen in Kraft. Der Zeitpunkt der Anbringung ist in einem Aktenvermerk gem. § 16 AVG 1991 festzuhalten.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)
Bauamt
Akt an: Bauamt
Nachrichtlich: Finanzen
Stadtamtsdirektion/Grundbesitz

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 66/1 Edv-NR.: 001464

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

4. Parkplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines Halte- und Parkverbotes (Behindertenparkplatz)

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgt gemeinsam mit dem vorhergehenden Tagesordnungspunkt über die Erlassung eines Parkverbotes.

Das BKH Lienz hat bei der Stadtgemeinde hinsichtlich des Parkplatzes entlang der Ostseite der Emanuel von Hibler-Straße auf den Grundparzellen Gpn. 36/3 und 36/2 je KG Patriasdorf die Erlassung von Halte- und Parkverboten zur Ausweisung von 8 Behindertenparkplätzen angeregt.

Der Ausschuss für Mobilität hat sich eingehend mit der Parksituation im Bereich des Krankenhauses befasst und einhellig die Ausweisung von 8 Behindertenparkplätzen auf dem Parkplatz östlich der Emanuel von Hibler-Straße befürwortet.

Den Kammern wurde der Verordnungsentwurf samt Planbeilage gemäß § 94 f Abs. 1 lit. b StVO 1960 übermittelt und langten innerhalb der Stellungnahmefrist folgende Stellungnahmen zum Verordnungsentwurf ein:

- Stellungnahme der Tiroler Wirtschaftskammer vom 08.04.2025
- Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Tirol vom 02.04.2025
- Mitteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung, Verkehrs- und Seilbahnrecht vom 10.04.2025

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens wurden von Seiten der Kammern gegen den vorliegenden Verordnungsentwurf keine Einwände erhoben.

Von Seiten der Abteilung Verkehrs- und Seilbahnrecht wurde mitgeteilt, dass der Geltungsbereich noch durch Zusatztafeln kenntlich zu machen ist.

In beiliegender Verordnung sowie im Verordnungsplan erfolgte daher eine entsprechende Ergänzung hinsichtlich der Zusatztafeln.

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt im Rahmen der Diskussion zum vorgehenden Tagesordnungspunkt über die Erlassung eines Parkverbotes.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen und auf Nachfrage keine gegenteiligen Äußerungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin sodann über die Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Verordnung von Behindertenparkplätzen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

4. Parkplatz Bezirkskrankenhaus Lienz – Erlassung eines Halte- und Parkverbotes (Behindertenparkplatz)

Fortsetzung von Seite 185

BESCHLUSS:

Der Tagesordnungspunkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Bauamt
Akt an: Bauamt
Nachrichtlich: Finanzen
Stadtamtsdirektion

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 611 (909)

Edv-NR.: 001465 001466

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

5. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 2186 KG Lienz

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

Der Obmann des Ausschusses für Bau und Planung, Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll, erläutert den Sachverhalt.

Im Bereich des Gewerbegebietes Peggetz Ost soll eine bisher als Wegparzelle vorgesehene Fläche zum angrenzenden Gewerbe- und Industriegebiet hinzugeschlagen werden, um eine Betriebserweiterung zu ermöglichen.

Ein Ersatz dieser Wegverbindung ist in der ausreichend dimensionierten Straßenanlage südlich der Gp. 1116/1 geplant.

Für diese entsprechenden Flächen wurde bereits ein Baurecht seitens der Stadtgemeinde Lienz als Grundstückseigentümerin vergeben.

Seitens des Raumplaners wird angeführt, dass auf Grund des Gefährdungsbereiches eines angrenzenden Seveso-Betriebes die Auflagefrist verlängert werden muss.

Die vorgesehene Widmungsänderung wurde bereits einer Vorprüfung bei der Aufsichtsbehörde des Landes unterzogen, welche mittlerweile positiv abgeschlossen wurde.

Der Ausschuss für Bau und Planung hat zuletzt in seiner Sitzung vom 14.04.2025 beraten und beantragt beim Gemeinderat die Fassung nachstehenden Beschlusses.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

5. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 2186 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 187

BESCHLUSS:

Auf Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Lienz gemäß § 68 Abs. 3 und 4 i.V.m. § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022, LGBl.Nr. 43/2022 i.d.g.F., und § 6 Tiroler Umweltprüfungsgesetz LGBl.Nr. 4/2005 i.d.g.F., den von Architekt Wolfgang Mayr, ^{arch}MAYR^o, Sillian 99, 9920 Sillian, ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vom 06.03.2025 durch sechs Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen und im Boten für Tirol kundzumachen. Den öffentlichen Umweltstellen gemäß §§ 6 i.V.m. 3 Abs. 3 Tiroler Umweltprüfungsgesetz ist der Entwurf zur Stellungnahme binnen 6 Wochen zur Kenntnis zu bringen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vor:

- Im Bereich des Grundstückes Gp. 2186 KG Lienz von derzeit „Freiland“ gemäß § 41 TROG 2022 in künftig „Gewerbe- und Industriegebiet“ gemäß § 39 Abs. 1 TROG 2022, entsprechend den Ausführungen des eFWP.

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022, LGBl.Nr. 43/2022 i.d.g.F., der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Hinweis:

Dieser Flächenwidmungsplan liegt durch sechs Wochen beim Stadtamt Lienz zur allgemeinen Einsichtnahme auf. Bis eine Woche nach Ablauf der Auflagefrist können Personen, die in der Stadtgemeinde ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen sowie die Öffentlichkeit im Sinne der §§ 3 Abs. 3 und 6 Abs. 3 Tiroler Umweltprüfungsgesetz, zum Entwurf schriftlich Stellung nehmen.

Den öffentlichen Umweltstellen gemäß § 3 Abs. 5 Tiroler Umweltprüfungsgesetz wird der Entwurf zur Stellungnahme binnen 6 Wochen zur Kenntnis gebracht.

Planänderungsnummer: 909

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)
Bauamt
Akt an: Bauamt
Nachrichtlich: Stadtamtsdirektion/Grundbesitz

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 611 (884)

Edv-NR.: 001467 001468

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

6. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gpn. 3232 und 1540 je KG Lienz

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 24.04.2025

Der Obmann des Ausschusses für Bau und Planung, Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll, erläutert den Sachverhalt.

In der Gemeinderatssitzung vom 26.03.2024 wurde bereits der Beschluss zur gegenständlichen Umwidmung der Grundparzellen Gpn. 1540 und 3232 je KG Lienz (Bereich Zetttersfeldkreuzung) gefasst.

Im Zuge der aufsichtsbehördlichen Prüfung der Abteilung Raumordnung des Landes mussten diverse Gutachten wie z.B. eine Stellungnahme des Baubezirksamtes Lienz – Straßenbau sowie ein lärmtechnisches Gutachten nachgereicht werden.

Hinsichtlich des lärmtechnischen Gutachtens musste eine weitere Schallmessung am Grundstück des Widmungswerbers veranlasst werden.

Nach diversen Absprachen mit der Abteilung ESA des Amtes der Tiroler Landesregierung, wurde das derzeitige schalltechnische Gutachten einer Plausibilitätsprüfung unterzogen und positiv beurteilt. Entsprechend dem Gutachten wurden zwei Kompensationsmaßnahmen formuliert, welche als textliche Festlegungen in der neuen Widmungsbezeichnung angeführt wurden.

Aus verfahrenstechnischer Sicht muss nun ein neuer Beschluss mit verkürzter Auflagefrist unter Einbeziehung der zwei ergänzenden textlichen Festlegungen gefasst werden.

Der Ausschuss für Bau und Planung hat zuletzt in seiner Sitzung vom 14.04.2025 beraten und beantragt beim Gemeinderat die Fassung nachstehenden Beschlusses.

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

Die Bürgermeisterin hält die notwendige multifunktionale Nutzung aus raumordnerischer Sicht sinnvoll. Sie spricht die demgegenüber bestehende Komplexität mit dem Lärm an.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

6. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gpn. 3232 und 1540 je KG Lienz

Fortsetzung von Seite 189

GR Gerlinde Kieberl findet es gut, dass die Plausibilität des Lärmgutachtens hinterfragt wurde. Sie äußert die Sorge, dass der Lärm zunehmen wird. Aus ihrer Sicht ist die Gegend aufgrund der Geschäfte und des Verkehrs Richtung stadtauswärts sehr belastet, ihres Wissens ist der diffuse Lärm auch auf der anderen Seite der B100 in der Schillerstraße noch wahrnehmbar. GR Gerlinde Kieberl leuchtet es nicht ein, dort für den Bau des Billa Marktes Wohnungen zu gestalten, weshalb sie dagegen stimmen wird.

Die Bürgermeisterin gibt zu bedenken, dass solche multifunktionalen Lösungen aufgrund der umzusetzenden Gesetze noch öfter der Fall sein werden. Die Bürgermeisterin zieht zur Relativierung einen Vergleich zu Großstädten. Laut der Bürgermeisterin ist zudem aufgrund bestehender Alternativen niemand gezwungen, dort eine Wohnung zu nehmen.

GR Gerlinde Kieberl spricht bezüglich der Großstädte die Tendenz zu den öffentlichen Verkehrsmitteln an, wo sie demgegenüber die Stadtgemeinde noch weit hinten aus sieht. In diesem Bereich ist aus ihrer Sicht die Anbindung an den öffentlichen Verkehr nur schwierig möglich und außer der Möglichkeit zur Nutzung der Felder die Aufenthaltsqualität nicht sehr hoch.

Für die Bürgermeisterin ist die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich aus eigener Erfahrung sehr hoch.

Für GR Norbert Mühlmann, MBA MAS ist der Standort für die Freizeitgestaltung ideal.

GR-EM Alfred Luneschnig spricht als Möglichkeit zur Verringerung der Lärmbelastung ein Tempolimit an.

GR Kathrin Jäger findet es sinnvoll, nicht mehr eingeschossig zu bauen. Sie gibt zu bedenken, dass sich jene Personen, die dorthin ziehen, der Umstände bewusst sind. Für sie ist die Lebensqualität dort trotzdem sehr hoch.

GR Manuel Kleinlercher spricht den Fortschritt der Technik bezüglich der Lärmbelastung bei Neubauten an. Auch GR Manuel Kleinlercher denkt, dass sich die Personen des Lärms bewusst sind. Für ihn ist es zudem in Wien um einiges lauter und in Lienz auszuhalten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

6. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gpn. 3232 und 1540 je KG Lienz

Fortsetzung von Seite 190

BESCHLUSS:

Auf Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Lienz gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m. § 63 Abs. 8 und 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022, LGBl.Nr. 43/2022 i.d.g.F., den von Architekt Wolfgang Mayr, ^{arch}MAYR^{ro}, Sillian 99, 9920 Sillian, ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vom 23.04.2025 durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vor:

- Im Bereich des Grundstückes Gp. 3232 KG Lienz von derzeit „allgemeines Mischgebiet“ gemäß § 40 Abs. 2 mit beschränkter Wohnnutzung gemäß § 30 Abs. 6 TROG 2022, im Bereich des Grundstückes Gp. 1540 KG Lienz von derzeit „Sonderfläche Handelsbetrieb mit einer Kundenfläche von maximal 800 m², Kundenfläche für Lebensmittel maximal 800 m² mit Zähler Nr. 33 (SH 33)“ gemäß § 48a in künftig „Sonderfläche mit Teilfestlegungen gemäß § 51, Zähler Nr. 36 (SV 36) mit Sonderfläche Handelsbetrieb mit einer Kundenfläche von maximal 1.000 m², davon Kundenfläche für Lebensmittel mit maximal 800 m² mit Zähler Nr. 34 (SH 34)“ gemäß § 48a TROG 2022 im 1. oberirdischen Geschoß, allgemeines Mischgebiet gemäß § 40 Abs. 2 TROG 2022 im Norden des Planungsbereiches und ab dem 2. oberirdischen Geschoß mit textlichen Festlegungen gemäß § 37 Abs. 4 mit Zähler Nr. 1 TROG 2022, entsprechend den Ausführungen des eFWP.

Die geänderte textliche Festlegung im Sinne des § 37 Abs. 4 TROG 2022 mit Zähler Nr. 1 lautet nun wie folgt:

- „Aufenthaltsräume, die in einem Abstand von 8 m zur südlichen Grundgrenze liegen, dürfen keine ausschließlich in diesem Bereich offenbaren Fenster haben;
- Aufenthaltsräume im Freien müssen mindestens einen Abstand von 8 m zur südlichen Grundgrenze aufweisen.“

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022, LGBl. Nr. 43/2022 i.d.g.F., der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

6. Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Gpn. 3232 und 1540 je KG Lienz

Fortsetzung von Seite 191

Hinweis:

Dieser Flächenwidmungsplan liegt durch zwei Wochen beim Stadtamt Lienz zur allgemeinen Einsichtnahme auf. Bis eine Woche nach Ablauf der Auflagefrist können Personen, die in der Stadtgemeinde ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, zum Entwurf schriftlich Stellung nehmen.

Planänderungsnummer: 884

Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür
1 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)
Bauamt
Akt an: Bauamt

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 611 (910)

Edv-NR.: 001469 001470

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

Der Obmann des Ausschusses für Bau und Planung, Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll, erläutert gemeinsam mit der Bürgermeisterin den Sachverhalt.

Frau Maria Mentil, Eigentümerin des neu parzellierten Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz, beantragt eine Umwidmung von Freiland in Wohngebiet. Gleichzeitig wird auch um Abschluss eines Raumordnungsvertrages angesucht.

Diesbezüglich wurde in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Bau und Planung beraten und mittlerweile wurde ein entsprechender Raumordnungsvertrag ausgearbeitet, welcher unter anderen Punkten auch eine verkürzte Bebauungsfrist von 5 Jahren enthält, um eine Hortung des Baulandes für weitere 10 Jahre zu verhindern.

Die vorgesehene Widmung wurde parallel zur aufsichtsbehördlichen Vorprüfung des Landes Abteilung Raumordnung übergeben, wobei die vorgesehene Änderung der Flächenwidmung nunmehr positiv beurteilt wurde.

Der Raumordnungsvertrag weist folgende Eckdaten auf:

Gegenständliches Grundstück: Der Raumordnungsvertrag bezieht sich auf das Grundstück Gp. 3251 KG Lienz.

Freies hoheitliches Handeln: Der Vertrag beinhaltet keinen Anspruch auf die Erlassung von hoheitlichen Akten durch die Stadtgemeinde Lienz, eine Vermischung von privatrechtlicher Vereinbarung und hoheitlichem Handeln findet nicht statt. Die Grundstückseigentümerin hat den Raumordnungsvertrag ohne Zwang abgeschlossen, dieser ist nicht Voraussetzung für die Erlassung von Widmungsakten.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 193

Nutzungsvereinbarung und Bauungsfrist: Auf den neu gewidmeten Grundstücken wird je ein Hauptwohnsitz begründet und 10 Jahre beibehalten. Der Baubeginn erfolgt binnen 5 Jahren ab Rechtskraft der Umwidmung, die Vollendung binnen der gesetzlichen Fristen laut Tiroler Bauordnung.

Sozialverträglicher Grundpreis: Grundstücke dürfen höchstens zum vereinbarten Preis von € 385 pro m² (zuzüglich Indexierung) veräußert werden. Die Stadtgemeinde Lienz und der Grundeigentümer kommen überein, dass es sich beim vereinbarten Grundpreis um den Verkehrswert der Flächen handelt. Übliche Nebenkosten des Verkaufes, Erschließungskosten laut Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Abgabengesetz sowie die tatsächlichen Kosten der Erschließung des Grundstückes dürfen weiterverrechnet werden.

Sicherstellung: Zur Sicherstellung des Vertragsinhaltes kommt der Stadtgemeinde Lienz ein Vorkaufsrecht zum Preis von € 385 pro m² (indexiert) zuzüglich der o.a. tatsächlichen Erschließungskosten zu. Außerdem hat sich die Grundeigentümerin verpflichtet, die Bestimmungen zur „Nutzungsvereinbarung“ und zum „sozialverträglichen Grundpreis“ auf die zukünftigen Eigentümer der Grundstücke zu überwälzen.

Beginn und Ende der Vertragsbindung: Die Verpflichtungen aus dem Vertrag gelten ab Rechtskraft der Umwidmung, die Bestimmung über den sozialverträglichen Grundpreis jedoch bereits ab Abschluss des Vertrages. Dadurch sollen auch Vorverträge von der Bestimmung umfasst werden. Die Vertragsbindung endet nach einer 10-jährigen Nutzung als Hauptwohnsitz für das jeweilige Grundstück. Alternativ endet die Vertragsbindung mit der Rückwidmung des Grundstückes in Freiland.

Indexierung: Für den Verkaufspreis wird Wertbeständigkeit vereinbart, als Maßzahl dient der Verbraucherpreisindex 2020 der Statistik Austria oder ein an seine Stelle tretender Index.

Sonstige und abschließende Vereinbarungen: Sollten Bestimmungen des Vertrages lückenhaft oder rechtsunwirksam sein, werden die übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Ungültige Bestimmungen sollen durch möglichst gleichwertige ersetzt werden. Änderungen oder Zusätze zum Vertrag bedürfen der Schriftform und der Einhaltung der Formalvorschriften der Tiroler Gemeindeordnung.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 194

Der Ausschuss für Bau und Planung hat zuletzt in seiner Sitzung vom 14.04.2025 beraten und beantragt beim Gemeinderat die Fassung nachstehenden Beschlusses.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin zunächst über den Abschluss des Raumordnungsvertrages und sodann über die Änderung des Flächenwidmungsplanes wie vorgetragen abstimmen.

BESCHLUSS:

a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)

Gegenständliches Grundstück: Der Raumordnungsvertrag bezieht sich auf das Grundstück Gp. 3251 KG Lienz.

Freies hoheitliches Handeln: Der Vertrag beinhaltet keinen Anspruch auf die Erlassung von hoheitlichen Akten durch die Stadtgemeinde Lienz, eine Vermischung von privatrechtlicher Vereinbarung und hoheitlichem Handeln findet nicht statt. Die Grundstückseigentümerin hat den Raumordnungsvertrag ohne Zwang abgeschlossen, dieser ist nicht Voraussetzung für die Erlassung von Widmungsakten.

Nutzungsvereinbarung und Bebauungsfrist: Auf den neu gewidmeten Grundstücken wird je ein Hauptwohnsitz begründet und 10 Jahre beibehalten. Der Baubeginn erfolgt binnen 5 Jahren ab Rechtskraft der Umwidmung, die Vollendung binnen der gesetzlichen Fristen laut Tiroler Bauordnung.

Sozialverträglicher Grundpreis: Grundstücke dürfen höchstens zum vereinbarten Preis von € 385 pro m² (zuzüglich Indexierung) veräußert werden. Die Stadtgemeinde Lienz und der Grundeigentümer kommen überein, dass es sich beim vereinbarten Grundpreis um den Verkehrswert der Flächen handelt. Übliche Nebenkosten des Verkaufes, Erschließungskosten laut Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Abgabengesetz sowie die tatsächlichen Kosten der Erschließung des Grundstückes dürfen weiterverrechnet werden.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 195

Sicherstellung: Zur Sicherstellung des Vertragsinhaltes kommt der Stadtgemeinde Lienz ein Vorkaufsrecht zum Preis von € 385 pro m² (indexiert) zuzüglich der o.a. tatsächlichen Erschließungskosten zu. Außerdem hat sich die Grundeigentümerin verpflichtet, die Bestimmungen zur „Nutzungsvereinbarung“ und zum „sozialverträglichen Grundpreis“ auf die zukünftigen Eigentümer der Grundstücke zu überwälzen.

Beginn und Ende der Vertragsbindung: Die Verpflichtungen aus dem Vertrag gelten ab Rechtskraft der Umwidmung, die Bestimmung über den sozialverträglichen Grundpreis jedoch bereits ab Abschluss des Vertrages. Dadurch sollen auch Vorverträge von der Bestimmung umfasst werden. Die Vertragsbindung endet nach einer 10-jährigen Nutzung als Hauptwohnsitz für das jeweilige Grundstück. Alternativ endet die Vertragsbindung mit der Rückwidmung des Grundstückes in Freiland.

Indexierung: Für den Verkaufspreis wird Wertbeständigkeit vereinbart, als Maßzahl dient der Verbraucherpreisindex 2020 der Statistik Austria oder ein an seine Stelle tretender Index.

Sonstige und abschließende Vereinbarungen: Sollten Bestimmungen des Vertrages lückenhaft oder rechtsunwirksam sein, werden die übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Ungültige Bestimmungen sollen durch möglichst gleichwertige ersetzt werden. Änderungen oder Zusätze zum Vertrag bedürfen der Schriftform und der Einhaltung der Formalvorschriften der Tiroler Gemeindeordnung.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 196

b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Auf Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Lienz gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m. § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022, LGBl.Nr. 43/2022 i.d.g.F., den von Dr. Thomas Kranebitter, raumgis, Riefenfeldweg 2b, 9900 Lienz, ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vom 17.03.2025 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz vor:

- Im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz von derzeit „Freiland“ gemäß § 41 TROG 2022 in künftig „Wohngebiet“ gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2022, entsprechend den Ausführungen des eFWP.

Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022, LGBl.Nr. 43/2022 i.d.g.F. der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Lienz gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

7. Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag) und Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz
 - a) Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung (Raumordnungsvertrag)
 - b) Antrag auf Auflage und Beschlussfassung eines Entwurfes zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gp. 3251 KG Lienz

Fortsetzung von Seite 197

Hinweis:

Dieser Flächenwidmungsplan liegt durch vier Wochen beim Stadtamt Lienz zur allgemeinen Einsichtnahme auf. Bis eine Woche nach Ablauf der Auflagefrist können Personen, die in der Stadtgemeinde ihren Hauptwohnsitz haben und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder einen Betrieb besitzen, zum Entwurf schriftlich Stellung nehmen.

Planänderungsnummer: 910

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)
Bauamt
Akt an: Bauamt
Nachrichtlich: Finanzen
Stadtamtsdirektion/Grundbesitz

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 611 (903)

Edv-NR.: 001471 001472

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

8. Antrag auf Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf – Behandlung einer Stellungnahme (Wiedervorlage)

Bezug: Gemeinderatsvorlage des Bauamtes vom 22.04.2025

GR Jürgen Hanser erklärt sich betreffend gegenständlichen Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt an der Beschlussfassung nicht teil.

Der Obmann des Ausschusses für Bau und Planung, Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll, erläutert den Sachverhalt.

Mit Beschluss vom 16.12.2024 hat der Lienzer Gemeinderat die Auflage eines Bebauungsplanes für die Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf beschlossen.

Während der Auflagefrist wurde eine Stellungnahme bei der Stadtgemeinde Lienz eingebracht.

- Stellungnahme vom 22.01.2025

In der Stellungnahme werden insbesondere Punkte hinsichtlich der Erschließung der ausgewiesenen Flächen sowie des bestehenden Baumbestandes in nordwestlichen Planungsbereich angeführt.

Diese Einwendung wurde dem Raumplaner übermittelt, um dazu eine Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplanes auszuarbeiten. Der Raumplaner kommt im Wesentlichen zum Resümee, dass die derzeit 4 ausgeformten Grundstücke nicht im Widerspruch zur ursprünglichen Bebauungsstudie stehen, die verkehrsmäßige Erschließung der Grundstücke im vorliegenden Bebauungsplan grundsätzlich sichergestellt ist und auch die bestehende Baumreihe derzeit baufrei bleibt.

Daher scheint eine geordnete Bebauung im Sinne des TROG gewährleistet zu sein.

Der Bauausschuss kommt in seiner Beratung zur Auffassung, dass die geordnete Gesamterschließung des Gebietes durch die Möglichkeit zur Parzellierung nicht gehemmt ist.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

8. Antrag auf Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf – Behandlung einer Stellungnahme (Wiedervorlage)

Fortsetzung von Seite 199

Dies begründet sich darauf, dass die 4 Grundstücke intern durch die Servitutsfläche auf eigenem Grund erschlossen werden und für die verbleibenden Flächen eine ausreichende Erschließung sowohl über den Anton Linder-Weg wie auch über die Gaimbergstraße, als verbleibende Möglichkeit erachtet wird.

Da es sich bei der internen Erschließung um Servitutsflächen handelt, welche im Grenzabstandsbereich zu den eigenen angrenzenden Parzellen situiert sind, verbleibt unter Berücksichtigung der notwendigen Grenzabstände zu den restlichen Nachbarparzellen eine ausreichende Breite von rund 9 m zur Bebauung mit einem Einfamilienhaus.

Aufgrund dieser Überlegung schließt sich der Bauausschuss der Meinung des Raumplaners an und ist daher der Auffassung, dass eine geordnete Bebauung im Sinne der Tiroler Raumordnung gewährleistet bleibt.

Der Ausschuss für Bau und Planung hat zuletzt in seiner Sitzung vom 28.01.2025 und 14.04.2025 beraten und beantragt beim Gemeinderat die Fassung nachstehenden Beschlusses.

Die Bürgermeisterin ergänzt, dass es sich derzeit um die Beschlussfassung eines Bebauungsplanes im Freiland handelt.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: I. BAUAMTSANGELEGENHEITEN

8. Antrag auf Auflage und Erlassung eines Bebauungsplanes für den Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf – Behandlung einer Stellungnahme (Wiedervorlage)

Fortsetzung von Seite 200

BESCHLUSS:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Lienz hat in seiner Sitzung vom 16.12.2024 beschlossen, den von Dr. Thomas Kranebitter, raumgis, Rufenfeldweg 2b, 9900 Lienz ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes vom 10.12.2024, im Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Auf Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat der während der Auflage- und Stellungnahmefrist eingelangten Stellungnahme

- vom 22.01.2025

aufgrund der Ausführungen des Raumplaners und im Sinne der erfolgten und in der Beschlussvorlage dargelegten Interessensabwägung nicht Folge zu leisten.

Auf Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Lienz gemäß § 64 Abs. 4 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl.Nr. 43/2022, die Erlassung des von Dr. Thomas Kranebitter, raumgis, Rufenfeldweg 2b, 9900 Lienz vom 10.12.2024 für den Bereich der Grundstücke Gpn. 63/1 und 64 je KG Patriasdorf ausgearbeiteten Bebauungsplanes.

Planänderungsnummer: 903

Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen
(GR Jürgen Hanser befangen)

Vollzug: Stadtamtsdirektion (Kundmachung)

Bauamt

Akt an: Bauamt

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 2100 Edv-NR.: 001473

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

1. Lienzer Pflichtschulen; Nachmittagsbetreuung – Neufestsetzung des Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Abteilung Finanzen vom 22.04.2025

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 21.06.2023 wurde eine Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag für die Nachmittagsbetreuung an den Lienzer Pflichtschulen mit Wirkung ab 1. September 2023 erlassen.

Der Verpflegungsbeitrag, welcher nicht nur die Kosten für die Mahlzeit, sondern auch die anteiligen Kosten für die Lieferung der Mittagsverpflegung und die Verabreichungskosten vor Ort beinhaltet, wurde in dieser Verordnung mit € 5,20 pro Mittagessen mit mehreren Ermäßigungsbestimmungen festgelegt.

In der Folge wurde der Verpflegungsbeitrag auf Grund der durch den Gemeindeverband Bezirksamtsalteneime Lienz verrechneten Kosten mit Beschluss des Gemeinderates vom 26.03.2024 und Wirkung ab 1. September 2024 mit € 5,70 festgelegt.

Vom Gemeindeverband Bezirksamtsalteneime Lienz wird seit 01.01.2025 das Entgelt pro Mittagessen mit 6,00 (inkl. USt.) verrechnet.

Von Seiten des Osttiroler Kinderbetreuungs-zentrum wird für die Volksschule Süd I und Volksschule Michael Gamper die Essensportion derzeit mit € 5,70 verrechnet, wobei mit einer Anpassung auf € 6,00 (inkl. USt.) für den Zeitraum ab Herbst 2025 zu rechnen ist.

Der Stadtrat hat in der Sitzung am 18.03.2025 über die Thematik der Verpflegungsbeiträge beraten und sich dafür ausgesprochen, dass der Verpflegungsbeitrag für die Lienzer Pflichtschulen (mit Ausnahme der Allgemeinen Sonderschule Lienz) mit Wirkung ab 01.09.2025 auf € 6,00 angehoben wird. Weiters hat sich der Stadtrat dafür ausgesprochen, dass die bisherige Ermäßigung der Verpflegungsbeiträge von € 0,40 pro Essensportion bei Erfüllung der Kriterien für die Gewährung der Schulkostenbeihilfe auf € 0,60 pro Essensportion erhöht werden soll.

Gemäß § 99i Schulorganisationsgesetz wurde dem Schulforum bzw. dem Schulgemeinschaftsausschuss und den beitragspflichtigen Gebietskörperschaften Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Es wurden grundsätzlich keine Einwände erhoben.

Ergänzend wird darauf verwiesen, dass auch die Verpflegungsbeiträge für die Allgemeine Sonderschule Lienz angehoben werden sollen. Der entsprechende Antrag wurde gesondert zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt (vgl. eigener Tagesordnungspunkt).

Die Verpflegungsbeiträge für den Ganzjahres-/Ganztageskindergarten Eichholz und den Integrations- und Montessori-Kindergarten Klösterle sowie die Sommerbetreuung (Spiel mit mir Wochen) wurden bereits mit Beschlüssen des Gemeinderates vom 25.03.2025 angehoben.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

1. Lienzer Pflichtschulen; Nachmittagsbetreuung – Neufestsetzung des Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026

Fortsetzung von Seite 202

In der Diskussion vertreten die Mandatare grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Manuel Kleinlercher bedauert die fehlende Alternative und führt an die Medienvertreter gerichtet aus, dass man diesbezüglich nur einen Aufruf starten kann.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

BESCHLUSS:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Lienz vom 29.04.2025 über die Änderung des Verpflegungsbeitrages für die Nachmittagsbetreuung an den Lienzer Pflichtschulen

Auf Grund des § 99i des Tiroler Schulorganisationsgesetzes 1991, LGBl.Nr. 84/1991, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 89/2012, wird die Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag für die Nachmittagsbetreuung an den Lienzer Pflichtschulen, Beschluss des Gemeinderates vom 21.06.2023, zuletzt geändert mit Beschluss des Gemeinderates vom 26.03.2024, wie folgt geändert:

Artikel I

Der § 3 hat zu lauten:

„§ 3 Verpflegungsbeitrag

Der Verpflegungsbeitrag beträgt € 6,00 pro Mittagessen und beinhaltet die Kosten für die Mahlzeit und die anteiligen Kosten für die Lieferung der Mittagsverpflegung und die Verabreichungskosten.“

Der Abs. 3 des § 4 hat zu lauten:

„(3) Der Verpflegungsbeitrag wird für Schüler, denen von Seiten des Landes Tirol für das jeweilige Kalenderjahr Schulkostenbeihilfe gewährt wird, gegen Vorlage des Nachweises über die Gewährung der Schulkostenbeihilfe um € 0,60 pro Mittagessen ermäßigt.“

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

1. Lienzer Pflichtschulen; Nachmittagsbetreuung – Neufestsetzung des Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026

Fortsetzung von Seite 203

Artikel II

Diese Änderung der Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag tritt mit 1. September 2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Finanzen
Akt an: Finanzen
Nachrichtlich: BürgerInnenservice

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 2100 Edv-NR.: 001474

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

2. Ganztägige Sonderschule Lienz; Neufestsetzung des
Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Abteilung Finanzen vom 22.04.2025

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 24.07.2012 und Anpassung des Verpflegungsbeitrages mit Beschluss des Gemeinderates vom 26.03.2024 wurde die Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag für die Ganztägige Sonderschule Lienz erlassen.

Der Verpflegungsbeitrag, welcher nicht nur die Kosten für die Mahlzeit, sondern auch die anteiligen Kosten für die Lieferung der Mittagsverpflegung und die Verabreichungskosten vor Ort beinhaltet, wurde in dieser Verordnung mit Wirkung ab 1. September 2024 mit € 3,70 pro Mittagessen festgelegt.

Von Seiten der Lebenshilfe Tirol Gemeinnützige Ges.m.b.H. wurde auf Grund der allgemeinen Kostensteigerungen eine Erhöhung der Kosten pro Kinderportion auf € 3,80 ab Herbst 2025 mitgeteilt.

Der Stadtrat hat in der Sitzung am 18.03.2025 über die Thematik der Verpflegungsbeiträge beraten und sich dafür ausgesprochen, dass der Verpflegungsbeitrag für die Ganztägige Sonderschule Lienz mit Wirkung ab 01.09.2025 auf € 3,80 angehoben wird. Weiters hat sich der Stadtrat dafür ausgesprochen, dass es für den Verpflegungsbeitrag aufgrund der grundsätzlich attraktiven Preisgestaltung wie bisher keine Ermäßigung geben soll.

Gemäß § 99i Schulorganisationsgesetz wurde dem Schulforum bzw. dem Schulgemeinschaftsausschuss und den beitragspflichtigen Gebietskörperschaften Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Es wurden keine Einwände erhoben.

Ergänzend wird darauf verwiesen, dass auch die Verpflegungsbeiträge für die Lienzer Pflichtschulen angehoben werden sollen. Der entsprechende Antrag wurde gesondert zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt (vgl. eigener Tagesordnungspunkt).

Die Verpflegungsbeiträge für den Ganzjahres-/Ganztageskindergarten Eichholz und den Integrations- und Montessori-Kindergarten Klösterle sowie die Sommerbetreuung (Spiel mit mir Wochen) wurden bereits mit Beschlüssen des Gemeinderates vom 25.03.2025 angehoben.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung ersucht.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

2. Ganztägige Sonderschule Lienz; Neufestsetzung des
Verpflegungsbeitrages ab dem Schuljahr 2025/2026

Fortsetzung von Seite 205

BESCHLUSS:

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Lienz vom 29.04.2025 über die Änderung des
Verpflegungsbeitrages für die Ganztägige Sonderschule Lienz

Auf Grund des § 99i des Tiroler Schulorganisationsgesetzes 1991, LGBl.Nr. 84/1991, zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 89/2012, wird die Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag für die Ganztägige Sonderschule Lienz, Beschluss des Gemeinderates vom 24.07.2012, zuletzt geändert mit Beschluss des Gemeinderates vom 26.03.2024, wie folgt geändert:

Artikel I

Der § 3 hat zu lauten:

„§ 3 Verpflegungsbeitrag

Der Verpflegungsbeitrag beträgt € 3,80 pro Mittagessen und beinhaltet die Kosten für die Mahlzeit und die anteiligen Kosten für die Lieferung der Mittagsverpflegung und die Verabreichungskosten.“

Artikel II

Diese Änderung der Verordnung über den Betreuungs- und Verpflegungsbeitrag tritt mit 1. September 2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Finanzen
Akt an: Finanzen
Nachrichtlich: BürgerInnenservice

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 691 Edv-NR.: 001475

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

**3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens –
Genehmigung der Kosten**

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Stadtamtsdirektion vom 23.04.2025

Ing. Gerold Wibmer, Leiter des städt. Wirtschaftshofes, ist für Auskünfte zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Der im Wirtschaftshof seit 22 Jahren eingesetzte Schlammsaugwagen ist alters- und verschleißbedingt durch ein Neufahrzeug zu ersetzen.

Die verschiedenen Einsatzbereiche dieses Kommunalfahrzeuges sind u.a.:

- Reinigung und laufende Wartung der gemeindeeigenen Kanalanlagen
- Reinigung und laufende Wartung von gemeindeeigenen Pumpwerken und Regenüberlaufbecken
- Wartung und Betreuung von Dükerbauwerken, Sandfängen, Sickeranlagen, usw.
- Reinigung der Straßenabläufe
- Straßenreinigung mit Waschbalken
- Wartungsarbeiten an Privat- und an den Regionalkanalanlagen (gegen Verrechnung)

Von Seiten des Wirtschaftshofes wurden die zwei in der BBG gelisteten Aufbauvarianten besichtigt und folgende Angebote eingeholt.

1) Holzmann Kanalkombi WRG

Fahrgestell MAN TGS 26.400 6*2-4 BL CH € 199.949,06

Aufbau Holzmann Kanalkombi WRG

14.000 Liter Gesamtvolumen, Niro-Tank, Kipper, Saugrüssel Typ III,
Wasserrecyclinganlage, Straßenwaschbalken
und Warmwasserheizung für Winterbetrieb des Schlammsaugwagens

€ 495.307,80

Fahrzeug Nettopreis € 695.256,86

Die Lieferzeit für das Neufahrzeug inkl. Aufbau beträgt 72 Kalenderwochen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens –
Genehmigung der Kosten

Fortsetzung von Seite 207

2) Assmann Kanalkombi Typ 10

Fahrgestell MAN TGS 26.400 6*2-4 BL CH € 198.365,61

Aufbau Assmann Kanalkombi Typ 10

14.000 Liter Gesamtvolumen, Niro-Tank, Ausschubkolben, Saugrüssel Typ III,
Wasserrecyclinganlage, Straßenwaschbalken
und Warmwasserheizanlage für Winterbetrieb des Schlammsaugwagens

€ 493.860,06

Fahrzeug Nettopreis € 692.225,67

Die Lieferzeit für das Neufahrzeug inkl. Aufbau beträgt 72 Kalenderwochen.

Weiters wurden von der Verwaltung als alternative Beratungsgrundlage auch Angebote für ein Leasingmodell eingeholt.

Beide Aufbausysteme wurden vom Leiter des städtischen Wirtschaftshofes und den zuständigen Kanalmitarbeitern vor Ort besichtigt und eingehend geprüft. Aufgrund der besseren Eignung für den Einsatzbereich ersucht der Wirtschaftshof um die Anschaffung des Aufbausystems der Fa. Holzmann.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass die Finanzierung der gegenständlichen Anschaffung durch ein inneres Darlehen aus der ZHRL „Krit. Infrastruktur“ erfolgen soll. Die näheren Details sind im Beschlussteil angeführt.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 08.04.2025 eingehend über die vorliegenden Varianten beraten und sich schließlich vorberatend für den Gemeinderat einhellig für den Ankauf des vorgeschlagenen Modells ausgesprochen.

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Dr. Ursula Strobl kann die Differenz der zwei Angebote nicht beurteilen. Sie folgert, dass das Gerät sohin unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer fast rund eine Million kostet.

Die Bürgermeisterin erläutert, bezüglich dieser Gerätschaft aufgrund von Verrechnungen vorsteuerabzugsberechtigt zu sein.

Sohin erkundigt sich GR Dr. Ursula Strobl genauer nach den Verrechnungstarifen, welche nachfolgend durch die Bürgermeisterin erläutert werden.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens –
Genehmigung der Kosten

Fortsetzung von Seite 208

Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll spricht sein Kompliment an die Mitarbeiter des Wirtschaftshofes für die Hilfe in unangenehmen Situationen aus.

GR Manuel Kleinlercher sieht als kritische Infrastruktur keine Alternative als die Anschaffung. Aus seiner Sicht wird darauf zu achten sein, das Gerät wiederum so lange als möglich zu haben. Er geht davon aus, dass die Wirtschaftshofmitarbeiter das Gerät gut warten werden und er zeigt sich insgesamt verwundert über den fehlenden Gebrauchtmarkt.

Die Bürgermeisterin erkundigt sich nach weiteren solcher Fahrzeuge der Gemeinden im Bezirk.

Der Wirtschaftshofleiter klärt auf, dass lediglich die Gemeinde Lienz und das Unternehmen Rossbacher ein solches Gerät zur Verfügung haben.

STR Wilhelm Lackner schließt sich dem Dank von Vzbgm. Dipl.-Ing. Alexander Kröll an die Mitarbeiter des Wirtschaftshofes an und berichtet von persönlichen Betroffenheiten. Demnach hält er es für eine tolle, wenn auch teure Einrichtung und findet es wichtig, solche Spezialfahrzeuge selbst zu haben.

GR Dr. Ursula Strobl erkundigt sich mit Bezug auf den hohen Kostenaufwand danach, ob dieses Fahrzeug auch von anderen Gemeinden angefordert wird, wie groß demnach das Geschäftspotential ist und ob es hierzu Aufzeichnungen gibt.

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin erläutert hierzu der Stadtkämmerer das Einsatzgebiet für das Fahrzeug näher, wonach die Hauptaufgabe in der Sicherung und Reinigung des städtischen Kanalnetzes mit Regenüberlaufbecken und dergleichen liegt, darüber hinaus gibt es auch Einsätze im privaten Bereich und bei Unternehmen mit Einnahmen in einer Größenordnung von rund € 80.000,00 pro Jahr.

GR Paul Meraner, MAS erkundigt sich, ob andere Gemeinden das Fahrzeug anmieten können und ob dieses auch in anderen Gemeinden zum Einsatz gekommen ist. Weiters schließt sich GR Paul Meraner, MAS dem Dank an den Wirtschaftshof an.

Für GR-EM Mag. (FH) Thomas Winkler handelt es sich um viel Geld. Er erkundigt sich nach möglichen Synergien mit dem Unternehmen Rossbacher und spricht sich dafür aus, das zu erheben.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass diese Möglichkeit eingehend geprüft wurde, mehrere Gespräche auf allen Ebenen stattgefunden haben, und schließlich auch die Mitarbeiter des Unternehmens und der Stadt davon abraten. Sie erläutert, dass der Schlammsaugwagen vom Unternehmen Rossbacher weder Allrad noch Heizung hat und in kritischen Situationen schließlich dennoch erst abgestimmt werden müsse, ob das Gerät zur Verfügung steht.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens –
Genehmigung der Kosten

Fortsetzung von Seite 209

Die Bürgermeisterin führt dazu das Risiko in der Stadt mit den Regenüberlaufbecken an. Für sie handelt es sich um Grundaufgaben, die sicherzustellen sind. Sie erinnert, dass die Anschaffung bereits über Jahre Thema ist.

GR-EM Alfred Luneschnig stuft das Fahrzeug als kritische Infrastruktur auch beim Katastrophenschutz ein, was aus seiner Sicht immer in der öffentlichen Hand liegen sollte. Weiters geht GR-EM Alfred Luneschnig davon aus, dass die Preise der privaten Firma auch hoch sind. Demgegenüber hält er die Preise der Stadtgemeinde für moderat. Er schlägt daher vor, diese zu erhöhen und in diesem Sinn marktwirtschaftlich zu denken. Weiters erkundigt er sich nach möglichen Förderungen über den Katastrophenschutz.

Die Bürgermeisterin bestätigt, dass Förderansuchen gestellt werden.

GR Manuel Kleinlercher schließt sich GR-EM Alfred Luneschnig an und erkundigt sich, wie der Einsatz ohne Allrad in anderen Gemeinden vonstattengehen kann. Er zeigt sich verwundert, dass das Gerät von Rossbacher keinen Allrad hat.

Die Bürgermeisterin gibt zu bedenken, dass es sich um kein tägliches Geschäftsmodell, sondern um eine Nische handelt. Sie erkundigt sich beim Wirtschaftshofleiter danach, ob sohin das Unternehmen Rossbacher lediglich im Sommer fährt.

Der Wirtschaftshofleiter klärt auf, dass das Fahrzeug von Rossbacher keine Heizung hat, sohin das Wasser friert und zudem kein Allrad gegeben ist.

Vzbgm. Siegfried Schatz nennt als großes Thema die Verfügbarkeit. Im Notfall möchte er kein Bittsteller sein und sieht die Problematik in der Zusammenarbeit mit Rossbacher bei der Verfügbarkeit. Laut ihm braucht man im Katastrophenfall das Fahrzeug sofort verfügbar.

GR-EM Beatrix Erler beschreibt aus eigener Erfahrung die Abwicklung in Landgemeinden über Bauern.

GR Dr. Ursula Strobl fasst für sich nochmals die vorliegenden Informationen in Bezug auf Finanzierung und Einnahmen zusammen. Demnach könnten sich die erwarteten Einnahmen in etwa mit den Raten für das interne Darlehen decken, wobei nicht abgeschätzt werden kann, wie oft das Fahrzeug zum Einsatz kommt.

Die Bürgermeisterin gibt zu bedenken, dass das Gerät stadintern permanent im Einsatz ist.

Laut dem Wirtschaftshofleiter fallen ca. 1200 Betriebsstunden im Jahr an, wobei der Hauptteil in der Wartung der eigenen Kanäle liegt, zusätzlich werden zum Beispiel auch für Gasthäuser die Fettabscheider gegen Verrechnung entleert.

GR Kathrin Jäger spricht die verrechneten Tarife von privaten Unternehmen an.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

3. Wirtschaftshof; Ankauf eines Schlammsaugwagens –
Genehmigung der Kosten

Fortsetzung von Seite 210

BESCHLUSS:

Der Ankauf eines neuen Schlammsaugwagens

Holzmann Kanalkombi WRG

Fahrgestell MAN TGS 26.400 6*2-4 BL CH € 199.949,06

Aufbau Holzmann Kanalkombi WRG

14.000 Liter Gesamtinhalt, Niro-Tank, Kipper, Saugrüssel Typ III,
Wasserrecyclinganlage, Straßenwaschbalken
und Warmwasserheizanlage für Winterbetrieb des Schlammsaugwagens

€ 495.307,80

bei MAN Truck & Bus Vertrieb Österreich GesmbH laut Angebot 25-024a vom 20.02.2025 aus dem BBG-Rahmenvertrag zu Kosten in Höhe von gesamt € 695.256,86 netto wird genehmigt.

Für die Finanzierung der Anschaffung mit einem voraussichtlichen Gesamtkostenaufwand von rd. € 695.256,86 exkl. USt wird dem HH-Ansatz Fäkalienabfuhr zur Finanzierung dieser Investitionskosten ein inneres Investitionsdarlehen aus der ZHRL „Kritische Infrastruktur“ zu den nachstehend angeführten Konditionen gewährt:

Darlehensbetrag: € 695.256,86

Zuzählung: nach Bedarf

Tilgungszeitraum: 01.01.2027 – 31.12.2036

Rückzahlung: in 10 Jahresraten zu € 69.525,69 zzgl. Zinsen, fällig jeweils Mitte Dezember j.J., erste Rückzahlungsrate Dezember 2027, nach finanzieller Möglichkeit sind auch vorzeitige Rückführungen vorzunehmen

Verzinsung: Bindung des Zinssatzes an den 12-Monats-Euribor ohne Aufschlag mit jährlicher Anpassung des Zinssatzes zu den Fälligkeitsterminen; bis zur ersten Rückzahlungsrate gilt als Zinssatz der Wert des 12-Monats-Euribor am Tag der jeweils letzten Darlehenszuzählung/Rücklagenentnahme

Die Stadtgemeinde Lienz hat die jährlich zu leistenden Rückzahlungsraten zzgl. Zinsen an die zweckgebundene Haushaltsrücklage „ZHRL Krit. Infrastruktur“ rückzuführen.

In den Finanzjahren 2026 bis 2036 sind die notwendigen Mittelvorsorgen in den jeweiligen Voranschlägen zu treffen.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Die Bürgermeisterin bedankt sich abschließend bei Herrn Ing. Gerold Wibmer.

Vollzug: Wirtschaftshof
Akt an: Wirtschaftshof
Nachrichtlich: Finanzen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 550 Edv-NR.: 001476

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

4. Dolomitenstadion; Sanierung der Torräume – Genehmigung der Kosten

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Abteilung Sport und Freizeit vom 22.04.2025

In den Torräumen im Dolomitenstadion Lienz wurde bei einem Lokalaugenschein mit den Vertretern des Kooperationspartners ONSIDE GmbH (Profitraininglager Grand Hotel Lienz) und mehreren Sportplatzerrichtern (Fa. Strabag AG, Fa. Swietelsky) festgestellt, dass die Torräume und Flächen im Gesamtausmaß von rund 450 m² im Strafraum gegen dicksodigen Rollfertigrasen ausgetauscht werden müssen. Dieser Austausch muss vor Beginn der Trainingslager abgeschlossen werden und dem neuen Rollrasen genügend Zeit zum Anwachsen gegeben werden.

Von der Verwaltung wurden für den Austausch der Rasensoden folgende Angebote eingeholt:

Folgende Angebote liegen der Verwaltung vor:

Fa. GreenTeam Sportanlagen GmbH, 2253 Weikendorf	€ 18.336,00 brutto
Fa. Höfinger Solutions, 6370 Kitzbühel	€ 18.978,69 brutto
Fa. Mentil Daniel Golf- und Sportplatzpflege, 9831 Flattach	€ 19.440,00 brutto

Es wurden noch andere Anbieter für die Angebotslegung angefragt, auch die heimische Firma Tschapeller, 9900 Lienz, jedoch haben diese Firmen aus terminlichen Gründen abgesagt.

Die Verwaltung ist bei Einholung der Angebote auch von den stark gestiegenen Preisen am Markt überrascht worden und ersucht daher um Genehmigung eines Rahmenbetrages von € 18.500,00.

Im VA 2025 sind auf der HH-Stelle 1/262000-610900 für Rasensanierung € 10.000,00 vorgesehen. Die Verwaltung ersucht, die vorhandenen Geldmittel freizugeben und den erforderlichen Mehrbetrag von € 8.500,00 zusätzlich überplanmäßig zu genehmigen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

4. Dolomitenstadion; Sanierung der Torräume – Genehmigung der Kosten

Fortsetzung von Seite 212

In der Diskussion vertreten die Mandatare grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Manuel Kleinlercher erkundigt sich nach der Häufigkeit der Sanierung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

BESCHLUSS:

Der Austausch von ca. 450 m² kaputter Rasenflächen gegen neuen, dicksodigen Fertig-Rollrasen im Vorfeld der Profitrainingslager 2025 wird genehmigt und dafür die vorgesehenen Mittel in Höhe von € 10.000,00 auf der HH-Stelle 1/262000-610900-Rasensanierung freigegeben und zusätzlich ein Rahmenbetrag von € 8.500,00 überplanmäßig genehmigt.

Mit den Arbeiten soll im Jahr 2025 die Fa. GreenTeam Sportanlagen GmbH, 2253 Weikendorf, zu Kosten in Höhe von € 18.336,00 brutto betraut werden.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Sport und Freizeit
Akt an: Sport und Freizeit
Nachrichtlich: Finanzen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 722/2

Edv-NR.: 001477

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

5. Strandbad Tristacher See; Anpassung der Tarife für die Mietkabinen

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Abteilung Sport und Freizeit vom 17.04.2024

Der nachstehend angeführte Tarif für die Badeanstalt Strandbad Tristacher See für die Saisonmiete einer Umkleidekabine wurde vom Gemeinderat in der Sitzung vom 26.06.2024 wie folgt neu festgesetzt und soll nunmehr, analog den Tariferhöhungen der Kabinen im Freibad im Zuge der Teilsanierung, angepasst und erhöht werden. Die verbleibenden alten Saisonkabinen im Freibad wurden vom Gemeinderat in der Sitzung am 25.03.2025 von € 55,00 auf € 70,00 erhöht.

Saisonkabine Strandbad Tristacher See (Tarife inkl. USt.)		
	Bisheriger Tarif	Neuer Tarif
Saisonkabinenmiete pro Saison	55,00	70,00

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

BESCHLUSS:

Saisonmiete für Umkleidekabinen im Strandbad Tristacher See (Tarife in Euro inkl. USt.)

Der nachstehend angeführte Tarif für die Badeanstalt Strandbad Tristacher See für die Saisonmiete einer Umkleidekabine wird mit Wirksamkeit ab der Sommersaison 2025 wie folgt festgesetzt:

Saisonkabine Strandbad Tristacher See (Tarife inkl. USt.)	
	Tarif
Saisonkabinenmiete pro Saison	70,00

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Sport und Freizeit
Akt an: Sport und Freizeit
Nachrichtlich: Finanzen
Stadtamtsdirektion

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 770

Edv-NR.: 001478

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

6. Verein Radwege Osttirol; Beitragszahlung 2025 – Mittelfreigabe

Bezug: Niederschrift über die Stadtratssitzung am 08.04.2025, Seite 462

Der Verein Radwege Osttirol hat mit Schreiben vom 20.02.2025 die Vorschreibung des 1. Teilbetrages des Kostenbeitrages der Stadtgemeinde Lienz an den Verein Radwege Osttirol für das Jahr 2025 in Höhe von € 17.250,00 vorgelegt.

Als Basis für den Kostenbeitrag dient das vereinbarte Berechnungsmodell, einheitlich für ganz Osttirol.

Der gesamte Jahresbetrag für die Stadtgemeinde Lienz für das Jahr 2025 entspricht laut Gemeinderatsbeschluss vom 07.06.2016 30 % der aufzubringenden Mittel, d.s. € 34.500,00. Die Mittel sind unter der VA-Stelle 1/616000-757001 vorgesorgt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 08.04.2025 für die Mittelfreigabe ausgesprochen und ersucht den Gemeinderat um nachstehende Beschlussfassung.

In der Diskussion vertreten die Mandatare grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Manuel Kleinlercher erkundigt sich nach der erfolgten Berichterstattung über die Vereinsaktivitäten.

Die Bürgermeisterin bejaht dies und sieht die weitere Nachfrage als Anregung für eine regelmäßige Berichterstattung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgetragen abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

6. Verein Radwege Osttirol; Beitragszahlung 2025 – Mittelfreigabe

Fortsetzung von Seite 215

BESCHLUSS:

Der Kostenbeitrag an den Verein Radwege Osttirol für das Jahr 2025 in Höhe von € 34.500,00 wird genehmigt und unter der VA-Stelle 1/616000-757001 freigegeben.

In einem wird die Auszahlung des 1. Teilbetrages in Höhe von € 17.250,00 zur Anweisung freigegeben.

Die Auszahlung des 2. Teilbetrages in Höhe von € 17.250,00 erfolgt nach Vorschreibung durch den Verein Radwege Osttirol im 2. Halbjahr 2025.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion
Akt an: Stadtamtsdirektion
Nachrichtlich: Finanzen

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: 770

Edv-NR.: 001479

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

7. Tourismusverband Osttirol; Sommerfest 2025 – Ansuchen um finanzielle Beteiligung sowie Gewährung von Wirtschaftshofleistungen

Bezug: Gemeinderatsvorlage der Stadtamtsdirektion vom 23.04.2025

Mit Schreiben vom 24.03.2025 wendet sich der Obmann des Tourismusverbandes Osttirol an die Stadtgemeinde Lienz hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung sowie die Zurverfügungstellung von Wirtschaftshofleistungen für die Ausrichtung des Sommerfestes 2025.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 08.04.2025 in Vorberatung für den Gemeinderat grundsätzlich für eine finanzielle Beteiligung der Stadtgemeinde Lienz in Höhe von € 50.000,00 sowie die Unterstützung des Tourismusverbandes Osttirol in Form von Sach- und Wirtschaftshofleistungen wie im Vorjahr ausgesprochen.

Im Vorjahr erfolgte die Unterstützung unter anderem durch Übernahme der Müllentsorgung, Herstellung der Wasserversorgung, Strom, logistische Unterstützung durch Mitarbeiter des Wirtschaftshofes bei Lieferung, Auf- und Abbau, sowie durch Übernahme der Kosten für das sicherheits- und rettungstechnische Konzept, Blumenschmuck etc.

Für die Abwicklung des Sommerfestes im heurigen Jahr liegen die konkreten Anforderungen noch nicht vor.

Der Gemeinderat wird um Beratung und Beschlussfassung gebeten.

In der Diskussion vertreten die Mandatäre grundsätzlich folgende Meinungen:

GR Gerlinde Kieberl erkundigt sich nach der geplanten Dauer.

Die Bürgermeisterin geht derzeit vom letztjährigen Umfang aus.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, lässt die Bürgermeisterin über den Tagesordnungspunkt wie vorgelegt abstimmen.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: II. FINANZANGELEGENHEITEN

7. Tourismusverband Osttirol; Sommerfest 2025 – Ansuchen um finanzielle Beteiligung sowie Gewährung von Wirtschaftshofleistungen

Fortsetzung von Seite 217

BESCHLUSS:

Dem Tourismusverband Osttirol wird eine finanzielle Beteiligung für die Ausrichtung des Sommerfestes 2025 in Höhe von € 50.000,00 in Form eines Kostenbeitrages genehmigt. Die erforderlichen Mittel werden auf der HH-Stelle 1/369000-729901 bereitgestellt.

Weiters wird die Unterstützung des Tourismusverbandes Osttirol bei der Veranstaltung in Form von Sach- und Wirtschaftshofleistungen – analog zum Vorjahr – genehmigt.

Die konkreten Anforderungen an Sach- und Wirtschaftshofleistungen liegen derzeit noch nicht vor. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, je nach konkreter Abwicklung, die notwendigen Leistungen seitens der Stadtgemeinde Lienz zuzusagen.

Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Vollzug: Stadtamtsdirektion
Akt an: Stadtamtsdirektion
Nachrichtlich: Finanzen
Bauamt
Stadtmarketing
Umwelt
Wirtschaftshof
Stadtwerke
Forst und Garten

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR

BCode: Stadtgemeinde

Az.: Pers. Akt

Edv-NR.: 001480

Tagesordnungspunkt: III. PERSONALANGELEGENHEITEN

1. Anträge des Personalausschusses (Sitzung am 28.04.2025)

Die Tagesordnungspunkte auf den Seiten 219 bis 222 wurden im vertraulichen Teil der Sitzung behandelt.

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Dok: Protokoll GR BCode: Stadtgemeinde

Az.: 671, 012 Edv-NR.: 001485

Tagesordnungspunkt: IV. ANTRÄGE, ANFRAGEN UND ALLFÄLLIGES

1. Wortmeldungen von Mandataren

GR Dr. Ursula Strobl spricht die geplante Isellounge an. Sie möchte, dass man sich vor Augen führt, wie diese bei Hochwasser ausschauen wird, wie weit der Weg gesichert ist, wie sicher es für die dort Wohnenden ist, wie das in der Krisensituation ausschauen wird, wie viel Geld das Reinigen und Instandsetzen kosten wird.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass die Sicherheit im Sinne der Auslegung des Hochwasserschutzprojektes gewährleistet ist. Sie spricht weitere bestehende Ausbuchtungen an der Drau an, durch Mehrwasser entstandene Schäden und dergleichen werden je nach Möglichkeit vom Wirtschaftshof beseitigt. Der Bürgermeisterin ist bewusst, dass es Betreuung brauchen wird. Sie spricht demgegenüber die Erholungszwecke an.

GR Norbert Mühlmann, MBA MAS spricht den Radweg in Villach an, der regelmäßig überflutet ist. Er geht davon aus, dass die Betreuung im Falle gut handzuhaben sein wird.

GR-EM Alfred Luneschnig erkundigt sich danach, ob der Iselsteg neu ausgeführt wird, was von der Bürgermeisterin bejaht wird.

GR Dr. Ursula Strobl führt zur Breite des Iselsteges an, das angeblich bereits ein breiteres Fundament betoniert worden sei und fragt nach, ob das so stimmt und erkundigt sich nach den Mehrkosten.

Der Bürgermeisterin ist das konkret nicht bekannt. Sie möchte das hinterfragen.

Der Stadtbaumeister erläutert, dass aufgrund des Bauzeitplanes bereits erste Schritte für ein allfälliges breiteres Brückenbauwerk gesetzt wurden und schildert welche sonstigen Maßnahmen bei der Ausführung des Steges mit Mehrbreite erforderlich gewesen wären. Die Kostenabrechnung erfolgt laut dem Stadtbaumeister über das Hochwasserschutzprojekt mit dem Anteil der Stadtgemeinde Lienz.

* * * * *

Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29.04.2025

Tagesordnungspunkt: IV. ANTRÄGE, ANFRAGEN UND ALLFÄLLIGES

1. Wortmeldungen von Mandataren

Fortsetzung von Seite 223

GR-EM Mag. (FH) Thomas Winkler erkundigt sich nach der Nachbesetzung der Stadtmarketingleitung.

Die Bürgermeisterin führt den bereits erfolgten Beschluss über die Neuaufnahme einer Mitarbeiterin im Stadtmarketing an. Auf dahingehende Nachfrage von GR-EM Mag. (FH) Thomas Winkler zur Leitung teilt die Bürgermeisterin mit, dass keine zusätzliche externe Neuaufnahme erfolgt, sondern sich aus der Abteilung heraus die Leitung formieren wird.

* * * * *

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich die Bürgermeisterin und schließt zunächst den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vollzug: Bauamt
Akt an: kein Akt
Nachrichtlich: Stadtamtsdirektion

FERTIGUNG

der Niederschrift über die Gemeinderatssitzung am 29. April 2025 im Ratsaal des Stadtamtes
(Seite 173 bis einschließlich Seite 225)

Die Schriftführerin:

Die Bürgermeisterin:

Mag. Vanessa Schlemmer e.h.

LA Dipl.-Ing. Elisabeth Blanik e.h.

Die Gemeinderäte:

- gemäß § 46 Abs. 4 TGO 2001

GR Andreas Prentner e.h.

GR Manuel Kleinlercher e.h.

Stadt-Amtsdirktor:

Dr. Alban Ymeri e.h.